



# Frankreich – Info

Herausgeber : Französische Botschaft  
- Presse- und Informationsabteilung -  
Pariser Platz 5 - 10117 Berlin  
E-Mail: [info@botschaft-frankreich.de](mailto:info@botschaft-frankreich.de)  
Internet: [www.botschaft-frankreich.de](http://www.botschaft-frankreich.de)

28.08.2008

---

## **Botschafterkonferenz Eröffnungsrede von Staatspräsident Nicolas Sarkozy**

**Paris, 27. August 2008**

Sehr geehrter Herr Premierminister,  
sehr geehrter Herr Präsident des Senats,  
sehr geehrter Herr Präsident der Nationalversammlung,  
sehr geehrter Herr Minister für auswärtige und europäische Angelegenheiten,  
meine sehr geehrten Damen und Herren Minister,  
meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete,  
meine sehr geehrten Damen und Herren Botschafter,

vor 10 Tagen sind 10 französische Soldaten in Afghanistan bei Gefechten mit Taliban-Terroristen gefallen. Sie sind für eine gerechte Sache gefallen, im Rahmen einer von der UNO abgesegneten Mission: der Bekämpfung des Terrorismus, dem Kampf für unsere Werte, für die Freiheit und die Menschenrechte in einem von grausamer Barbarei gepeinigten Land. Man denke nur an die Steinigungen, an die Verstümmelungen, an die Verstöße gegen die Rechte der Frauen. Unsere Soldaten sind gefallen, weil sie Frankreich beschützen, weil sie die Franzosen vor der unmittelbaren Bedrohung des Terrorismus schützen wollten, der großenteils seine Ursprünge in dieser Region der Welt hat. Das ist es, worum es in Afghanistan geht.

Vor einem Jahr hatte ich Ihnen genau hier gesagt, dass eine der wichtigsten Herausforderungen der kommenden Jahre darin bestünde, die Konfrontation zwischen dem Islam und dem Westen zu vermeiden; eine Konfrontation, die diese Extremisten provozieren wollen, die jegliche Öffnung, jegliche Modernität, jegliche Verschiedenartigkeit ablehnen. Ich hatte Ihnen gesagt, dass es unsere Aufgabe ist, zu helfen, die gemäßigten Kräfte, die Kräfte der Modernisierung in Afghanistan zu unterstützen. Das haben wir getan und das werden wir weiterhin tun.

Unsere militärische Präsenz, die - zu Recht - seit 2001 besteht, wurde verstärkt. Frankreich spielt umfassend seine Rolle mit seinen europäischen Bündnispartnern, d. h. mit 25 der 27 Mitglieder der Europäischen Union, mit seinen amerikanischen, kanadischen, türkischen Verbündeten, um dieses Land zu stabilisieren und zu verhindern, dass ein mit der Al-Qaida verbündetes Regime an die Macht zurückkehrt. Diese Verstärkung haben wir im Rahmen der

**[www.botschaft-frankreich.de](http://www.botschaft-frankreich.de)**

neuen Strategie der Bündnispartner beschlossen, die auf Initiative Frankreichs beim Bukarest-Gipfel festgelegt wurde. Sie gilt noch immer: ein langfristiges Engagement; ein umfassender ziviler und militärischer Ansatz mit einer verstärkten Abstimmung der Hilfsmaßnahmen; die notwendige Kooperationsbereitschaft Pakistans; aber vor allem das Ziel, dass Afghanistan Schritt für Schritt selbst für die Gewährleistung seiner Sicherheit sorgt. Das ist aus meiner Sicht das wichtigste Ziel, denn es ist die Hauptvoraussetzung für langfristigen Erfolg. In der Region um Kabul ist Frankreich seit August zuständig, den afghanischen Streitkräften innerhalb höchstens eines Jahres diese Verantwortung zu übertragen. Vom 28. August an wird ihnen die Gewährleistung der Sicherheit der Stadt Kabul anvertraut.

Hier und da heißt es: Man muss sich auf den Wiederaufbau konzentrieren. Das habe ich getan; unsere zivile Hilfe wurde verdoppelt. Unser Land hat im vergangenen Juni eine Konferenz zur Unterstützung Afghanistans organisiert, die ein bemerkenswerter Erfolg war, denn insgesamt wurden für die kommenden Jahre 20 Milliarden Dollar Hilfe zur Verfügung gestellt.

Sicherlich ist die Lage nach wie vor schwierig und gefährlich. Aber seien wir uns der Fortschritte bewusst, die wir erzielt haben: Mit den Wahlen 2009/2010 entstehen demokratische Institutionen; 6 Millionen Kinder gehen heute zu Schule im Vergleich zu 800.000 im Jahr 2001; ein Gesundheitssystem wurde eingerichtet, dank dessen die Kindersterblichkeit um ein Viertel zurückgegangen ist, d. h. jährlich werden 40.000 Kinder gerettet; was die Gleichstellung von Frauen und Männern angeht, wurden in allen Bereichen beispiellose Erfolge erzielt; die Infrastruktur wurde wiederaufgebaut; das Straßennetz wurde um 4000 km erweitert usw. Das alles wäre ohne unsere militärische Präsenz wohl kaum möglich gewesen.

Welche Alternative gäbe es? Ein militärischer Rückzug hätte die Rückkehr der Taliban und der Al-Qaida und sicherlich eine Destabilisierung des Nachbarlands Pakistan zur Folge. Das ist nicht hinnehmbar. Um es klar zu sagen: Als ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat steht Frankreich zu seiner Verantwortung. Frankreich wird sich nicht den Terroristen beugen. Es wird sie bekämpfen, und zwar überall und in der Überzeugung, dass das afghanische Volk mit der Unterstützung seiner Verbündeten die Barbarei besiegen wird und die Dinge nach und nach selbst in die Hand nehmen kann.

Meine Damen und Herren Botschafter,

seit unserem ersten Treffen vor genau einem Jahr hat es in der Welt einige Entwicklungen gegeben, die in gewisser Weise einen Epochenwechsel bezeichnen.

Der Bruch, den ich den Franzosen vorgeschlagen hatte und der seit 15 Monaten umgesetzt wird, hat sich als richtig erwiesen: In einer Welt, in der sich alles so schnell ändert, muss Frankreich sich einem tiefgreifenden und schnellen Wandel unterziehen, wenn es weiterhin mit all jenen Nationen an der Spitze stehen will, die Geschichte schreiben, anstatt sie zu erleiden.

Der kontinuierliche Reformprozess wird in Frankreich in allen Bereichen und mit demselben Rhythmus fortgesetzt. Ich bin hier absolut entschlossen, genauso wie die Regierung. Wir haben schlicht und einfach keine andere Wahl, und die Franzosen haben das verstanden. Ebenso der Rest der Welt, der feststellt, dass Frankreich sich bewegt, dass Frankreich sich dem vorausgesagten Niedergang nicht beugen und zeigen wird, dass es in der Lage ist, sich zu verändern.

Die Neupositionierung Frankreichs auf der internationalen Bühne ist mit ebensolcher Entschlossenheit erfolgt, trotz der skeptischen Stimmen hier und da. Nach 15 Monaten können wir heute mit genügend Abstand über die Auswirkungen dieses tiefgreifenden Wandels in der Außenpolitik sprechen, den ich während meines Wahlkampfes angekündigt hatte. Ich will mit Ihnen eine erste Bilanz ziehen, und zwar in fünf wichtigen Bereichen:

Erster Bruch: die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und dem Atlantischen Bündnis. Ich wollte, dass Frankreich klar und eindeutig seinen Platz in der westlichen Familie einnimmt, wieder ein Vertrauensverhältnis zum amerikanischen Volk und den politischen Verantwortlichen aufbaut und unsere Beziehungen zur NATO erneuert. Warum?

Während der jahrzehntelangen bipolaren Gebundenheit wie auch während der zehnjährigen unipolaren Lage war es richtig und wünschenswert, dass unser Land seinen Unterschied zu Washington deutlich macht. Seit einigen Jahren jedoch befinden wir uns in einer völlig anderen Situation, die mehrere Jahrzehnte andauern wird und die ich als „Zeitalter der relativen Mächte“ bezeichnen würde. Nicht dass die Vereinigten Staaten ihre unübertrefflichen Trümpfe eingebüßt hätten; aber der rasante Aufstieg von Ländern wie China, Indien, Brasilien sowie die Rückkehr Russlands schaffen einen neuen Kontext: Heute ist kein Land mehr in der Lage, seine Sicht der Dinge alleine durchzusetzen; die objektiven Voraussetzungen für ein neues Gleichgewicht der Kräfte sind vorhanden, dieses muss jedoch noch gestaltet werden. Auch muss die neue internationale Ordnung gefunden werden, die wir brauchen, um mit den globalen Problemen umgehen zu können. In dieser Phase des Übergangs, in der die Orientierungspunkte schwinden, schien es mir wichtig, klar und deutlich zu bekräftigen, wo Frankreich steht und welche Werte und Interessen für Frankreich wesentlich sind.

Heute sagt oder schreibt im Übrigen niemand mehr, dass Frankreich auf diese Weise seine Unabhängigkeit aufgegeben oder seine Souveränität verloren habe. Dennoch haben einige nach wie vor Befürchtungen: Besteht nicht die Gefahr, dass Frankreich einen Teil seines Handlungsspielraums verliert oder sein Bild in der Welt einen Knick bekommt?

Ich bin vom Gegenteil überzeugt: Frankreich hat, wie mir scheint, an Glaubwürdigkeit gewonnen; es hat seinen Handlungsspielraum und sein Einflussvermögen sowohl innerhalb als auch außerhalb seiner Familie gestärkt.

Der NATO-Gipfel in Bukarest im vergangenen April war ein hervorragendes Beispiel dafür: Zum ersten Mal seit der Gründung des Bündnisses hat der Präsident der Vereinigten Staaten das Projekt einer Europäischen Verteidigung öffentlich klar und eindeutig unterstützt; und zwar aus der Überzeugung, dass Frankreich dieses Projekt nicht voranbringen will, um das Atlantische Bündnis zu schwächen, dass NATO und Europäische Verteidigung einander ergänzen und nicht im Widerspruch zueinander stehen. Die polnische Regierung und andere so genannte „Atlantiker“ haben unseren Ansatz aus demselben Grund unterstützt.

Zweiter Bruch: unsere Positionierung im Nahen Osten.

Allzu oft hat man mir gegenüber Befürchtungen geäußert und gesagt: „Wenn Sie zu deutlich Frankreichs Freundschaft zu Israel bekunden, werden wir unsere privilegierten Beziehungen zur arabischen Welt verlieren.“

Ich war schon immer vom Gegenteil überzeugt. Ein starkes und nachhaltiges Vertrauensverhältnis zu den politisch Verantwortlichen und zum Volk Israels aufzubauen, war aus meiner Sicht natürlich und vielmehr die Voraussetzung dafür, dass Frankreich im Nahen Osten wieder an Einfluss gewinnen kann. Erstens, weil man nicht zum Frieden beitragen kann, wenn man nicht das Vertrauen der beiden betroffenen Parteien hat. Zweitens, weil man die Dinge klar beim Namen nennen kann, wenn man als Freund empfangen wird.

Meine Rede vor der Knesset enthielt einige Botschaften, die für einen Großteil der Abgeordneten und des israelischen Volkes schwer aufzunehmen waren. Dennoch war der Empfang in Israel, aber auch bei den Palästinensern und in der gesamten arabischen Welt, unglaublich herzlich.

Eine Woche vor Beginn der französischen Ratspräsidentschaft, als Frankreich sich auf das Quartett vorbereitete, war es wichtig, dass unser Land nachdrücklich und eindeutig dieselbe Botschaft an beide Parteien richtet: eine Botschaft der Freundschaft, eine Botschaft des Engagements, eine Botschaft der Wahrheit über die Friedensbedingungen.

Eine weitere bedeutende Entwicklung: unsere Beziehungen zu Syrien.

Vor einem Jahr hatte ich bekräftigt, wie wichtig die Aussöhnung mit all jenen ist, die bereit sind, sich zu ändern. Wir haben mit Libyen begonnen und mit Syrien weitergemacht.

Auch hier wurde massive Kritik laut. Viele, darunter im Übrigen auch Washington, waren der Auffassung, unsere einzige außenpolitische Option bestünde in einer Isolierung dieses Landes. Ich habe es vorgezogen, einen anderen, sicherlich riskanteren, aber vielversprechenderen Weg zu wählen: den Weg des klaren Dialogs, der zu zwei greifbaren Ergebnissen geführt hat. Das war nicht leicht, und die ausbleibenden Fortschritte haben mich am 30. Dezember 2007 dazu veranlasst, den Dialog mit der Arabischen Liga bis zu der von uns geforderten Entwicklung auszusetzen: nämlich der Wahl von Präsident Sleimane in Libanon.

Im Zuge meines Gesprächs mit Präsident Baschir Al-Assad am 12. Juli 2008 in Paris konnte ich neue Fortschritte erkennen: die offizielle, zum ersten Mal in der Geschichte erfolgte Ankündigung über den Aufbau von diplomatischen Beziehungen zwischen Beirut und Damaskus; und die Entscheidung Syriens, die direkten Verhandlungen zwischen Syrien und Israel sowie die Umsetzung des daraus resultierenden Friedensabkommens und auch die Verhandlung der Sicherheitsvereinbarungen zu gegebener Zeit unter die gemeinsame Ägide Frankreichs und der Vereinigten Staaten zu stellen.

Auch hier hat das zu Israel, dem anderen Friedenspartner, sowie das zu den USA wiederhergestellte Vertrauensverhältnis eine bedeutende Rolle gespielt: Denn die Tatsache, dass Syrien um unsere ausgezeichneten Beziehungen zu diesen beiden Ländern weiß, war auch ein Grund, weshalb es beschlossen hat, Frankreich zu gegebener Zeit diese beispiellose Verantwortung zu übertragen. Am 3. und 4. September werde ich zu Gesprächen in Syrien sein, um in diesen und anderen Fragen diesen sinnvollen Dialog fortzusetzen.

Ich hoffe, dass Libanon und Israel in nicht allzu ferner Zeit ebenfalls einen indirekten Dialog beginnen und dass Frankreich auf Bitte der beiden Parteien zu dessen Erfolg beitragen kann.

Am deutlichsten jedoch hat der neue Kurs unserer Nahost-Politik in dem Gipfel über die Union für das Mittelmeer vom 13. und 14. Juli Bestätigung gefunden. Beim 10. Jahrestag des Barcelona-Prozesses hatte nur ein einziger arabischer Staatsführer sein Kommen zugesagt, nämlich Präsident Mahmud Abbas. In Paris waren außer einem alle der eingeladenen Länder auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs vertreten. Ein beispielloses Ereignis: Alle saßen mit dem israelischen Premierminister und den europäischen Staats- und Regierungschefs um ein und denselben Tisch versammelt. Dieses große Projekt ist nun Wirklichkeit und Frankreich wird gemeinsam mit der ägyptischen Ko-Präsidentschaft alles daran setzen, damit die kommenden vier Ministertreffen im Herbst eine zügige Umsetzung der ambitionierten Projekte ermöglichen, die am 13. Juli verabschiedet wurden.

Dritter Bruch: die Europäische Union.

Es ist viel geredet worden über die deutsch-französischen Spannungen, vor allem in Bezug auf das Projekt der Union für das Mittelmeer. Es ist nicht ungewöhnlich, dass die Positionen unserer beiden Länder in wichtigen Fragen anfänglich divergieren. Entscheidend ist unsere Entschlossenheit, zu einem guten Kompromiss zu gelangen. Das haben wir in dieser Frage wie in vielen anderen Fragen geschafft, und nach Anlaufschwierigkeiten ist die nach wie vor unverzichtbare deutsch-französische Einigung stärker als je zuvor.

Der Bruch fand jedoch auch an anderer Stelle statt. Als ich mein Amt übernommen habe, saß Frankreich in Europa auf der Ersatzbank. Aufgrund des Referendums von 2005, aber nicht nur deshalb: Unser Land spielte nach europäischen Spielregeln, die vor 20 Jahren vielleicht sinnvoll waren, aber nicht mehr der Realität des Europa von heute entsprachen.

Ich wollte von Anfang an eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Kommission und ihrem bemerkenswerten Präsidenten aufbauen, ebenso mit dem Europäischen Parlament, seinem Präsidenten und den Fraktionsvorsitzenden, die ich - wie nie zuvor geschehen - einzeln im Elysée empfangen habe.

In ebendiesem Sinne habe ich einen systematischen Dialog mit allen unseren Partnern auf den Weg gebracht. Dabei denke ich vor allem an Großbritannien, von dem ich überzeugt bin, dass es eine wesentliche Rolle bei der Modernisierung unseres Europa zu spielen hat; ich denke auch an die Länder Mittel- und Osteuropas, zu denen unsere Beziehungen sich gelockert hatten, obwohl viele von ihnen unsere Sicht eines politischeren und voluntaristischeren Europa teilen. Denn in einem Europa der 27 muss jeder seiner Stimme Gehör verschaffen können und das Gefühl haben, dass man ihm zuhört und ihn respektiert. Das ist die Voraussetzung für jede Einigung, und auf diese Weise konnten wir die Unterzeichnung des Lissabon-Vertrags erreichen. In dieser Absicht, nämlich aufmerksam zuzuhören, bin ich im Juli auch nach Dublin gefahren.

Ich will mich an dieser Stelle bei François Fillon, Bernard Kouchner, Jean-Pierre Jouyet, allen Pariser Verantwortlichen sowie allen betroffenen Botschaftern bedanken. Sie haben die französische Ratspräsidentschaft methodisch und zielgerichtet, aber vor allem mit der Bereitschaft des Zuhörens und des Dialogs vorbereitet, ohne die kein Erfolg möglich gewesen wäre. Frankreich ist heute wieder ein Akteur im Herzen Europas, und es spielt im Team!

Vierter Bruch: Afrika.

Da wird Frankreich ein Prozess gemacht, den ich nicht akzeptiere, nämlich den der so genannten „Françafrique“, wenn es darum geht, die Bindungen in Frage zu stellen, die Frankreich und seine ehemaligen Kolonien nach deren Unabhängigkeit aufrechterhalten wollten, im Gegensatz zu Großbritannien, Portugal und Spanien. Es gereicht Frankreich zur Ehre, dass es verstanden hat, diese neuen Staaten auf ihre Bitte mit einer umfangreichen und vielgestaltigen Hilfe zu begleiten. Frankreich ist ein treuer Freund. Es steht ohne Komplexe zu den Bindungen, die die Geschichte geknüpft hat.

Zugleich muss man sich eines ernsthaften Problems der Wahrnehmung bewusst werden, insbesondere unter den jungen Generationen, die die Zukunft Afrikas sind. Die Untersuchung, die unsere Botschafter auf meine Bitte in Afrika durchgeführt haben - ich danke ihnen dafür -, hat unverhüllt das Bild eines Frankreich offengelegt, das die Ressourcen des Kontinents über umfangreiche Netzwerke ausschließlich zum eigenen Profit nutzt.

Die wirtschaftliche Wirklichkeit jedoch widerspricht dieser Wahrnehmung voll und ganz, und ich bitte Sie, dies bekannt zu machen und zu vermitteln. Denn wenn es um Politik geht, sind Wahrnehmungen wichtig. Man muss sie berücksichtigen und all das, was zu Missverständnissen führen kann, richtigstellen. Genau das war die Botschaft meiner Rede vor dem Parlament Südafrikas am 28. Februar 2008 in Kapstadt, als ich auf die dringende Notwendigkeit der Modernisierung unserer Instrumente zur Entwicklungshilfe hingewiesen habe, um als erste Priorität den Privatsektor zu unterstützen; als ich unsere Entschlossenheit bekräftigt habe, solide Partnerschaften mit Südafrika, Angola und Nigeria aufzubauen, ohne zugleich unsere schon immer währenden Freundschaften zu vernachlässigen; als ich unterstrichen habe, wie wichtig unsere Beziehungen zu Afrika sind, denn wenn es in Afrika Frieden, Entwicklung und Wohlstand, aber auch Misserfolge gibt, gilt selbiges für Europa.

Über die Worte hinaus wollte ich dieser neuen Afrikapolitik Taten zu Grunde legen: so etwa die systematische Neuausrichtung unserer Verteidigungsübereinkommen und die Verkleinerung der Anzahl unserer militärischen Stützpunkte in Abstimmung mit den betroffenen Partnern; sie müssen an unser heutiges Ziel angepasst werden, nämlich die Bildung von regionalen afrikanischen Einheiten zur Friedenserhaltung. So auch die strikte Achtung unserer Verpflichtungen, jedoch ohne in die internen Konflikte einzugreifen, wie wir es im vergangenen Februar in Tschad gezeigt haben. Und ebenso die Zusammenarbeit mit der UNO, der Afrikanischen Union, den subregionalen Organisationen zur Lösung von Konflikten bzw. zur Verteidigung und Förderung der Grundsätze, die die Afrikaner selbst angenommen haben: Ablehnung von Staatsstreichen, Bejahung der Demokratie und der Menschenrechte. Die Rolle, die wir jüngst in Mauretanien gespielt haben, veranschaulicht dies bestens.

Fünfter und letzter Bruch: die Menschenrechte.

Ich hatte dieses Thema zu einer Priorität unserer Außenpolitik erklärt. Ja, es ist eine Priorität, eine immerwährende Dringlichkeit.

Und trotzdem musste ich mir so einiges anhören! Ich respektiere und unterstütze alle jene, die sich vor Ort engagieren und die als Berichterstatter und Augenzeugen eine unverzichtbare Warn- und Druckfunktion ausüben. Sie müssen jedoch verstehen, dass ein Staatschef oder ein Außenminister in einer anderen Lage ist, die andere – deshalb aber nicht weniger achtenswerte – Handlungswege erfordert.

Gemeinsam mit Bernard Kouchner haben wir beschlossen, dass Frankreich sich stärker für eine Lösung der Darfur-Krise einsetzen muss, die heute sicherlich das schlimmste Drama in der Welt darstellt. Daher die Pariser Konferenz gleich im Juni vergangenen Jahres; daher die laufenden Anstrengungen, um wieder auf den Weg des Dialogs zu gelangen, ohne den es keine nachhaltige politische Lösung geben kann; daher auf unsere Initiative die Entsendung der europäischen Mission an die Grenze Tschads, um die unzähligen Flüchtlinge und Vertriebenen zu schützen. Es geht hier um die Stabilität der gesamten Region, und es geht um das Leben von Millionen von Menschen.

Überall, wo die französischen Truppen im Einsatz sind, von Afghanistan, über Côte d'Ivoire, Libanon bis hin zu Kosovo, geht es um nichts anderes als um die Verteidigung des Friedens, der Demokratie, der Freiheit!

Die Debatte über die Modalitäten eines effizienten Vorgehens bleibt in dieser wesentlichen Frage der Menschenrechte nach wie vor sehr schwierig. Ich will Ihnen ein Beispiel nennen und Ihnen ganz offen meine Position zu zwei Ländern darlegen, nämlich zu Russland und China. Alle bestätigen, dass die Bürger dieser beiden Länder ihren Staatsführern große Unterstützung entgegen bringen. Nicht weil ihnen nicht klar ist, was im Bereich der Freiheit und der Demokratie noch zu tun ist. Sondern vielmehr, weil sie die Errungenschaften in Sachen Wirtschafts- und Humanentwicklung schätzen, die ihnen ihren Nationalstolz zurückgegeben haben.

Heißt das, wir müssen es unterlassen, dort über die Menschenrechte zu sprechen oder deren allgemeingültigen Charakter vernachlässigen? Natürlich nicht! Ich bin am 12. August nach Moskau gefahren, um die Beilegung des Konflikts in Moskau zu erzielen; geht es da nicht um das Schicksal von unzähligen Frauen, Männern und Kindern? Ich glaube, ich war der erste französische Präsident, der meinem chinesischen Kollegen öffentlich im Rahmen einer Pressekonferenz unsere Positionen zur Todesstrafe und zur Pressefreiheit dargelegt hat. Wir müssen diese schwierigen Themen, vor allem die Minderheitenfrage, ansprechen, und zwar in einer Form, die zu greifbaren und positiven Ergebnissen, und nicht zur Konfrontation führt. Wir dürfen nicht vergessen, dass wir auch gemeinsam mit diesen beiden Ländern schwerwiegende Probleme wie Dafur, Afghanistan, Iran oder die Frage der Weltwirtschaft behandeln.

Es gibt einen Weg. Ich werde ihn weitergehen mit der einzigen Bestrebung, Ergebnisse zu erzielen, jedoch ohne dauerhafte Antagonismen zu schaffen, die nichts und niemandem nützen würden, vor allem nicht den Menschenrechten.

Jedes Menschenleben ist für mich in gleicher Weise schützenswert, und ich bin stolz darauf, dass ich zur Freilassung der bulgarischen Krankenschwestern beigetragen habe, indem ich mit Muammar al-Gaddafi verhandelt habe; dass ich zur Freilassung von Ingrid Betancourt und vieler anderer Geiseln in Kolumbien beigetragen habe, indem ich mich mit Präsident Uribe, aber auch mit Präsident Chavez ausgetauscht habe. Ich werde bis zur Freilassung des Soldaten Gilad Shalid kämpfen. Man hat mich hin und wieder gefragt, weshalb ich mich mit einem solchen Engagement für die Freilassung dieser Geiseln einsetze. Ganz einfach, weil es hier um die Menschenrechte geht! Meine Pflicht als Präsident und als Mensch ist es, alles daran zu setzen, dass diese Menschen von ihren Qualen befreit werden.

Meine Damen und Herren Botschafter,

wie ich schon sagte, bezeichnet das Jahr, das hinter uns liegt, in meinen Augen einen Epochenwechsel. Gestatten Sie mir, darauf zurückzukommen und Ihnen zu sagen, warum.

Die Analyse, die ich Ihnen im vergangenen Jahr im Hinblick auf die Globalisierung und die wichtigsten Herausforderungen Frankreichs vorgeschlagen habe, hat immer noch Gültigkeit.

Doch haben drei Faktoren Wirkungen gezeigt, die zusammen die Gegebenheiten verändert haben.

Der erste Faktor, der das vergangene Jahr gezeichnet hat, ist natürlich die Finanzkrise, die mit dem Subprime-Skandal begonnen hat, die schweren – und immer noch straflosen – Fehler der Ratingagenturen und ganz allgemein die Exzesse eines Finanzkapitalismus, der eine Reihe schwerwiegender Fehlentwicklungen erfahren hat: Verschleierung von Risiken, unkontrollierte Verkomplizierung von Geldinstrumenten, Lücken bei der Regulierung und fortbestehende Steuerparadiese, die einen Teil der globalen Ersparnisse binden, die besser zur Finanzierung von Investitionen und Wachstum genutzt würden. Die Kosten dieser Wirrungen für das internationale Bankensystem werden laut IWF in der Größenordnung von 1.000 Milliarden Dollar liegen. Die Kosten für die Realwirtschaft werden jedoch sehr viel höher sein.

Während das Epizentrum vorausgegangener Finanzkrisen hauptsächlich in den Schwellenländern lag, ist jetzt das Herz des Weltkapitalismus angegriffen, mit der Perspektive, dass das Wachstum der OECD-Länder auf Dauer von dem der bisher weniger betroffenen Schwellenländer abgekoppelt wird, wenn wir nicht handeln. Deshalb müssen wir zunächst weiterhin auf europäischer Ebene alles tun, um das Wachstum der europäischen Wirtschaft zu fördern. Die Wiederherstellung des Vertrauens erfolgt über die Konsolidierung des europäischen Finanzsektors und ein entschlossenes Vorgehen zur Stärkung der Transparenz, der Verantwortung und der Kontrolle der Akteure. So wird die EU den wirksamsten Beitrag zu der Anstrengung leisten, die breiter angelegt mit ihren Partnern fortgesetzt werden muss, um die Mängel und Lücken des internationalen Finanzsystems zu korrigieren.

Der zweite Faktor, der die Gegebenheiten im letzten Jahr verändert hat, ist die Preisexplosion bei Rohstoffen, die im Großen und Ganzen auf dem höchsten Stand seit dem Zweiten Weltkrieg sind. Die Gründe dafür sind zahlreich und bekannt. Ich werde darauf nicht eingehen. Wichtig ist hier, die Folgen dieses tiefgreifenden Schocks abzuschätzen, und zwar über seine Bremswirkung auf das globale Wachstum hinaus. Und vor allem, die Maßnahmen festzulegen, die getroffen werden müssen, um die Wirkung zu korrigieren.

Ich will an erster Stelle von den Agrarerzeugnissen sprechen. Es ist schockierend zu sehen, dass die Welt sich von dem hat überraschen lassen, was uns alle statistischen Daten angekündigt haben. Während jedes Jahr 50 Millionen Menschen zusätzlich ernährt werden müssen, während die Schwellenländer ihre Essgewohnheiten schnell ändern, ist die Weltproduktion nicht nachgekommen. Mit der Steigerung der Inputkosten wurde die Preisexplosion zur Gewissheit. Die Ergebnisse haben wir gesehen: Rund 30 Länder hatten mit Hungeraufständen zu kämpfen, von Haiti bis Guinea.

Beim FAO-Gipfel in Rom am 3. Juni habe ich einen Drei-Punkte-Plan vorgeschlagen, der von der gesamten Staatengemeinschaft übernommen worden ist und der jetzt entschlossen umgesetzt werden muss: Einsetzung einer Expertengruppe nach dem Vorbild des IPCC für das Klima, damit wir über verlässliche Vorhersagen für jedes Produkt und jede Region verfügen; auf diesen Grundlagen: Verabschiedung einer globalen Strategie, die von allen betroffenen internationalen Einrichtungen – von der FAO über den IWF bis zur WTO – kohärent umgesetzt wird; und schließlich die Mobilisierung der vorhandenen Finanzkraft durch Reinvestitionen der Weltbank und der regionalen Banken in die landwirtschaftliche Entwicklung, vor allem in Afrika, sowie den Rückgriff auf langfristige Investoren wie Staatsfonds. Ich möchte, dass Frankreich bei diesem wichtigen Thema die Initiative behält.

Was die Rohölpreise angeht, so ist heute jedem klar, dass wir endgültig die Zeit der knappen und teuren Energie erreicht haben. Die Preise werden sich weiterhin um eine langfristig steigende Tendenz herum bewegen, und die nächsten Jahrzehnte werden unter zwei unumgänglichen Zwängen stehen: Wir müssen eine auf Öl begründete Wirtschaft überwinden und die Energieeffizienz der Weltwirtschaft verbessern. Das ist eine enorme Anstrengung, die im Wesentlichen noch zu bewältigen ist. 2008 bezeichnet von diesem Gesichtspunkt her den Anfang eines wahrhaften Epochenwechsels, der dazu führen wird, dass Dutzende Länder dem Weg folgen werden, den Frankreich schon lange gewählt hat, nämlich den der zivilen Kernkraft.

Der dritte Faktor ist politischer Art. Es ist die Bestätigung eines beklemmenden Trends in den Schwellenländern und in Russland: In dem Maße, in dem sich ihr wirtschaftlicher Erfolg festigt, erleben diese Länder ein Wiedererstarken des Nationalismus. Das war in China bei den Olympischen Spielen zu sehen, die wie die Weihnen der friedlichen Rückkehr dieses Landes in die erste Reihe erlebt wurden, nach anderthalb Jahrhunderten der Schwierigkeiten und Demütigungen; das sieht man in Indien, dessen Konzerne zur Eroberung der Welt aufbrechen; das sieht man in Russland, wo das Trauma der 1990er Jahre unglücklicherweise in einen Restaurationswillen mündet, den manche als imperial bezeichnen.

Die Karten der wirtschaftlichen und politischen Macht werden neu verteilt. Export- bzw. Kontrollstrategien der Rohstoffversorgung verändert tiefgreifend die Abläufe auf den Weltmärkten. Die Handels- und Finanzflüsse werden neu verteilt. Die Schwellenländer erwirtschaften jetzt die Hälfte des weltweiten Wachstums. 2007 hat China die Vereinigten Staaten als weltweit zweitgrößten Exporteur überholt. Während die Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter in den Vereinigten Staaten, in Japan und in der Europäischen Union insgesamt 500 Millionen Menschen ausmacht, sind es in den Schwellenländern 2,3 Milliarden Arbeitnehmer, die nach und nach auf einen globalisierten Arbeitsmarkt drängen.

Gestärkt durch diesen neuen wirtschaftlichen Aspekt wollen die Schwellenländer und Russland sich in dieses neue Konzert der großen Mächte eingliedern, jedoch zu ihren Bedingungen. Die Zeiten sind vorbei, in denen der Westen allein den Ton angab, als Bezugsgröße diente und seine Sicht durchsetzte. Ein Beispiel unter anderen: die WTO.

Wenn in den vorausgegangenen Verhandlungsrunden die Vereinigten Staaten und die Europäische Union zu einer Verständigung gelangten, hatten alle anderen Akteure keine Wahl, als sich der beschlossenen Einigung anzuschließen. Im Juli in Genf war das Treffen gescheitert,

als Indien sich weigerte, den amerikanischen Forderungen nachzugeben, wobei Brasilien, das sich eine Einigung wünschte, in Bedrängnis geriet. Sieben Jahre Verhandlung im Rahmen der Doha-Runde, um zu dieser Feststellung zu gelangen! Muss man weitermachen, ohne etwas zu ändern? Muss man nicht vielmehr ein Treffen der wichtigsten betroffenen Staatschefs ins Auge fassen, um darüber nachzudenken, wie man aus dieser Blockadesituation herauskommt und, für die Zukunft, wie man die Modalitäten der multilateralen Handelsgespräche ändern muss? Frankreich hat sich stets für den freien Handel ausgesprochen. Es wünscht sich, dass Europa, dieser offenste Zusammenschluss in der Welt, Initiativen ergreift, ohne naiv zu sein und im Sinne der Gegenseitigkeit.

Im neuen Konzert der Mächte steht das allgemeine Interesse weit hinter der starken Verteidigung der nationalen Prioritäten. Die aufstrebenden Riesen haben heute die Mittel, sich Gehör zu verschaffen, aber der Reflex entspricht dem „jeder für sich“. Die Suche nach zufriedenstellenden Kompromissen zu den globalen Themen, von der Umwelt bis zur Energie oder zur Finanzstabilität, ist viel schwieriger geworden. Eine Tatsache, die wir berücksichtigen müssen.

Was ist aus diesen drei Entwicklungen zu schließen, die das vergangene Jahr geprägt haben und die große Risiken in sich bergen?

Für Frankreich drängen sich zwei sich ergänzende Antworten auf, die augenscheinlich sind: Man muss den unverzichtbaren globalen Akteur Europa stärken und zugleich entschlossen die Initiativen für eine Weltordnungspolitik anstoßen. Angesichts der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts können wir uns nicht mehr auf die internationalen Institutionen des 20. Jahrhunderts stützen.

Wie soll man die sich rasch entwickelnden Mächte überzeugen, dass sie kollektiv spielen, wenn man sie nicht am Spiel beteiligt? Die Reform des Sicherheitsrats muss wieder angestoßen werden, und Frankreich unterstützt den Grundsatz einer Interimslösung. Die Umwandlung der G8 in eine G13 oder besser in eine G14, um die Teilnahme eines arabischen Landes zu ermöglichen, ist auf dem richtigen Weg: Auf Frankreichs Anstoß hin wird der nächste G8-Gipfel überwiegend im G13-Format stattfinden.

Es gibt aber noch eine andere große Baustelle, an der wir arbeiten müssen, wenn wir im 21. Jahrhundert über die Instrumente dieses „effizienten Multilateralismus“ verfügen wollen, der notwendiger ist als je zuvor, um die globalen Probleme unserer Zeit zu lösen. Worum geht es?

Seit der Schaffung des Systems der Vereinten Nationen und der Institutionen von Bretton Woods nach dem Krieg hat sich die Anzahl der Staaten vervierfacht und die der internationalen Organisationen verzehnfacht. Heute schaffen ein und dieselben Staaten Rechtsgrundlagen und treffen Entscheidungen in jeder dieser Institutionen, ohne sich über eine umfassende Kohärenz – oder gar ihre Vereinbarkeit – Gedanken zu machen. Kurz, das internationale System ist in einem Maße zerstückelt, dass es nirgendwo eine Gesamtsicht gibt.

Das Beispiel WTO ist bezeichnend. Es ist nicht nur von einer Verhandlungsrunde zur nächsten immer schwieriger geworden, den Weg zu einem für alle akzeptablen Kompromiss zu finden. Sondern darüber hinaus stellt sich auch keiner die Frage, ob die verhandelten Entscheidungen, über die Landwirtschaft zum Beispiel, die Möglichkeit eröffnen, auf die alarmierende Diagnose zu reagieren, die im Rahmen der FAO gestellt worden ist, und ob sie mit den Strategien zusammenpassen, die von der Weltbank entwickelt worden sind.

Ein und dieselben Staaten wirken in diesen verschiedenen Organisationen mit. Aber es gibt noch keine Reflexions- oder Schiedsgremien, die in der Lage sind, auf die Gesamtkohärenz des multilateralen Systems zu achten und vor allem auf die Angemessenheit der vereinbarten

Leitlinien. In Fragen der Sicherheit ist künftig mehr noch als heute ganz offensichtlich der erweiterte Sicherheitsrat das Entscheidungsorgan. In Wirtschaftsfragen und globalen Angelegenheiten sehe ich nur die künftige G13/G14 als informellen, doch wirksamen Ort der Entscheidung, der Kohärenz und des Anstoßes. Das zeigt die Bedeutung dieser schrittweisen Umwandlung von einer G8 in eine G13/G14.

Meine Damen und Herren Botschafter,

in dieser Angelegenheit der Weltordnungspolitik des 21. Jahrhunderts kann die Europäische Union eine Referenz und ein Hauptakteur sein. Warum?

Die Zeit der „relativen Mächte“, in der wir heute leben, und die Unzulänglichkeiten eines zerstückelten multilateralen Systems bergen Gefahren der Instabilität, der Rivalitäten und der Konfrontationen. Diese neue Gegebenheit kann aber auch zu einer solideren und dauerhafteren Zusammenarbeit führen, wenn sie auf Grundsätzen beruht, die von allen geteilt werden und auf Kompromissen, die gemeinsam erarbeitet werden.

Die Europäer haben in den letzten fünf Jahrzehnten untereinander diese notwendige Zusammenarbeit zwischen „relativen Mächten“ gelernt. Gemeinsam aufbauen, täglich nach Lösungen suchen, in denen die Interessen aller berücksichtigt werden, um sie in einer kollektiven Aktion zu überwinden, ist zur zweiten Natur der Europäer geworden. So haben wir den Binnenmarkt aufgebaut, den Euro geschaffen und den Lissabon-Vertrag verhandelt.

Ich glaube, dass es den Europäern ansteht, der Welt dieses kooperative Vorgehen vorzuschlagen. Heute haben Begriffe wie Feind oder Gegner keine Konjunktur mehr unter den großen Mächten. Die Frage ist vielmehr, ob es möglich ist, dass die Vorstellungen von verantwortlicher Partnerschaft und Harmonie über die Vorstellungen von Konkurrenz und Rivalität siegen.

Daher muss Europa selbst sich die Institutionen geben, die es braucht, um seine Verantwortung zu übernehmen, nämlich die Verantwortung eines globalen Akteurs. Das ist eines der wichtigsten Verdienste des Lissabon-Vertrags, mit der Einführung eines stabilen Präsidenten im Europäischen Rat, der in enger Abstimmung mit den EU-Staats- und Regierungschefs agiert, und eines Hohen Vertreters, der mit einem echten europäischen diplomatischen Dienst ausgestattet und durch die finanziellen Mittel des Gemeinschaftshaushalts gestützt ist.

Als Vorsitzender des Europäischen Rates ist es meine Aufgabe, alles zu tun, um die europäische Familie zusammenzuführen. Das irische Volk hat ein Recht darauf, dass wir ihm zuhören und es achten. Gleichzeitig brauchen wir alle den Lissabon-Vertrag. Mit Premierminister Brian Cowen werden wir die Garantien ermitteln, die Europa die Möglichkeit geben, diesen neuen Schritt in seinem Aufbau zu tun. Wenn nötig, fahre ich noch einmal nach Dublin.

Die Krise in Georgien hat zum ersten Mal gezeigt, dass Europa, wenn es will, von Beginn eines Konflikts an in der ersten Reihe stehen kann, um eine Friedenslösung zu finden. Ist nicht die oberste Aufgabe der EU, den Frieden zu sichern und die Europäer zu schützen? Das, worum es in diesem Konflikt geht, ist absolut wesentlich. Der Ausgang dieses Konflikts wird für lange Zeit das Verhältnis zwischen der EU und Russland bestimmen. Für die Europäer kann und wird es nur eine Lösung geben, die auf dem Recht begründet ist; auf einem Dialog, der alle betroffenen Parteien einbezieht; und auf der Achtung der Souveränität, der Unabhängigkeit und der territorialen Integrität Georgiens in den international anerkannten Grenzen.

Das Waffenstillstandsabkommen in sechs Punkten vom 12. August, das von Präsident Medwedew, von Präsident Saakaschwili und von mir unterzeichnet wurde, muss umfassend

Anwendung finden. Die militärischen Kräfte, die sich noch nicht auf die Linien von vor Ausbruch der Feindseligkeiten zurückgezogen haben, müssen dies unverzüglich tun. Der internationale Mechanismus, der die russischen Patrouillen um Südossetien ersetzen soll, muss schnell verlegt werden. Die internationalen Gespräche, die in Punkt 6 der Vereinbarung über die Sicherheits- und Stabilitätsmodalitäten in Abchasien und Südossetien vorgesehen sind, müssen so schnell wie möglich beginnen. In diesem Zusammenhang hat die Europäische Union gestern die Entscheidung Russlands über die Unabhängigkeit der beiden Gebiete entschieden verurteilt. Diese Entscheidung, die auf eine einseitige Veränderung der Grenzen Georgiens abzielt, ist schlicht und einfach nicht hinnehmbar.

Wir haben in Europa Jahrhunderte der Auseinandersetzungen und zwei Weltkriege gebraucht, um zu verstehen, dass Frieden und Wohlstand mit Nachbarn aufgebaut werden, deren Interessen geachtet und berücksichtigt werden. Ein solches Vorgehen schlägt Europa Russland und allen europäischen Nicht-EU-Mitgliedern vor: Gemeinsam können wir eine Zukunft in Frieden und Wohlstand für alle aufbauen.

Niemand will zurück in die Zeit des kalten Krieges. Die NATO ist kein Gegner, sondern ein Partner Russlands. Und die Europäische Union will mit diesem Land ein enges und positives Verhältnis aufbauen. Es ist heute an Russland, eine grundlegende Wahl zu treffen. Frankreich mit seinen EU-Partnern hat durch seine Initiativen gezeigt, wie sehr es sich wünscht, dass diese Wahl die Verständigung und die Zusammenarbeit sind, die Achtung der Grundsätze der UN-Charta und der OSZE. Der Europäische Rat vom 1. September wird den 27 EU-Ländern die Gelegenheit bieten, eine gemeinsame Linie zu diesem wesentlichen Thema festzulegen.

Der zweite Kreis unserer Nachbarschaft ist natürlich das Mittelmeer und der Mittlere Osten. Ich habe die Union für das Mittelmeer bereits angesprochen und werde darauf nicht mehr zurückkommen, sondern nur unterstreichen, dass in meinen Augen das, was sich dort abspielt, ebenso wichtig ist wie das, was wir auf europäischem Boden erreichen wollen.

Aber es gibt noch einen weiteren Themenbereich, in dem Europa die Initiative ergriffen hat und nach wie vor eine Hauptrolle spielt: Iran. Schon 2003 haben Deutschland, Großbritannien und Frankreich mit dem Hohen Vertreter im Namen Europas eine Strategie des Dialogs und der Sanktionen festgelegt, die auf einer Überzeugung begründet ist: Die Staatengemeinschaft kann nicht hinnehmen, dass Iran sich die Atomwaffe verschafft. Zusammen mit den Vereinigten Staaten, Russland und China, die sich angeschlossen haben, müssen die Europäer entschlossen Kurs halten und, da es keine Reaktion von Iran gibt, die Sanktionen in allen Bereichen verstärken. Aus zwei Gründen: Niemand hat eine bessere Strategie zu bieten, und wenn wir scheitern, weiß jeder, vor welcher katastrophalen Alternative wir stehen würden, die ich im vergangenen Jahr in den wenigen Worten zusammengefasst habe: die iranische Bombe oder die Bombardierung Irans.

Ich wünsche mir, dass der Dialog mit Iran fortgesetzt wird und dass die iranische Führung sich bewusst wird, was für ihr Land auf dem Spiel steht. Ich lade sie ein, darüber nachzudenken, welches Urteil die künftigen Generationen über ihre Wahl heute fällen werden. Denn es ist an Iran, zu wählen. Alles muss getan werden, um Iran davon zu überzeugen, dass es besser die Zusammenarbeit statt die Isolation und die Konfrontation wählt.

Im Bereich Frieden und Sicherheit übersieht man allzu oft, dass die EU in den vergangenen zehn Jahren rund 15 Militär- und Polizeieinsätze geführt hat, vom Balkan bis nach Nahost und Afrika. Es ist an der Zeit, einen neuen Schritt zu gehen und den Aufbau des Europa der Verteidigung anzustoßen, damit es einen wachsenden Beitrag zur Sicherheit in der Welt leistet. Bis zum Ende unserer Präsidentschaft können wir durch ein konkretes und pragmatisches Vorgehen Fortschritte machen, indem wir eine aktualisierte und vervollständigte „Sicherheitsstrategie“ verabschieden; indem wir uns auf die Zielsetzungen für unsere Einsätze

und militärischen und zivilen Mittel verständigen, die wir brauchen; indem wir, mit den Ländern, die dies wollen, die Ausrüstung entwickeln, die wir brauchen; indem wir die Ausbildung unserer Offiziere im Rahmen eines „militärischen Erasmus“ organisieren; und indem wir auf dem Weg zu einer starken und wettbewerbsfähigen europäischen Verteidigungsindustrie Fortschritte machen.

Als größer werdender Akteur für den Frieden und die Sicherheit in der Welt kann die EU auch eine entscheidende Rolle bei der Suche nach Lösungen für die globalen Probleme des 21. Jahrhunderts spielen. Sie muss ihre Werte fördern, ihre Interessen verteidigen, ihre Bürger schützen und immer wenn nötig Gegenseitigkeit einfordern. Ich gedenke mit der Kommission zu prüfen, wie die EU, die 60 % der gesamten weltweiten Entwicklungshilfe leistet und bei weitem die wichtigste Handelsmacht der Welt ist, ihre Vorteile im Dienste ihrer Ziele besser bekannt machen und besser nutzen kann.

Ich denke vor allem an die Landwirtschaft, wo die Europäische Union ein unverzichtbarer Akteur ist. Wir müssen die Modernisierung der GAP fortsetzen und die Grundsätze vorbereiten, die als Basis für die GAP von morgen dienen. Das ist eine der großen Herausforderungen der französischen Ratspräsidentschaft.

Angesichts der wirtschaftlichen Verlangsamung, von der die ganze Welt betroffen ist und die besonders Europa bedroht, muss die EU schnell und entschlossen handeln. Die Ziele der französischen Ratspräsidentschaft sind aktueller denn je: schnelle Stärkung der Regeln und Normen betreffend die Stabilität und die Finanzkontrolle, die Ratingagenturen, die Solvenz, denn mangelnde Transparenz und Ungewissheit schaffen Misstrauen; unterstützende Maßnahmen für die KMU, insbesondere im Rahmen des europäischen „Small Business Act“; ein Wiederankurbeln der Politik in Sachen Energieeffizienz. Ich bin entschlossen, zusammen mit der Kommission, dem Europäischen Parlament und unseren 26 Partnern die Verabschiedung dieser Maßnahmen zum Schutz und zur Stärkung des europäischen Wachstums noch zu beschleunigen.

In dem so sensiblen Bereich der Migration, könnte der europäische Pakt, den Europa im Herbst verabschiedet, als Referenz dienen. Auf der Grundlage, dass eine organisierte und akzeptierte legale Einwanderung als sinnvoll anerkannt wird, dass die illegale Einwanderung bekämpft wird und dass eine wirkliche Abstimmung mit den betroffenen Ländern stattfindet, schlägt dieser Pakt den Partnern Europas einen Ansatz auf der Basis der Zusammenarbeit und des gegenseitigen Nutzens vor.

Aber ganz sicher in den Bereichen Energie und Klima kann die EU am stärksten dazu beitragen, die Welt des 21. Jahrhunderts zu gestalten. Es geht hier um das langfristig wichtigste Thema, denn die Zukunft des Planeten hängt davon ab, ob wir in der Lage sind, dies gemeinsam zu bewältigen. Wir sind die erste Generation, die mit Gewissheit weiß, dass menschliches Tun direkt auf den Klimawandel wirkt und die letzte Generation, die in der Lage ist zu handeln, bevor die Folgen unumkehrbar sind und die Erde aus dem Gleichgewicht gerät.

Die Verhandlung von Bali, die im Dezember 2009 in Kopenhagen zu Ende gehen wird, wird zeigen, ob alle Staaten in der Lage sind, sich auf anspruchsvolle und zugleich realistische Ziele zu einigen. Tatsächlich sind etwa 15 Länder verantwortlich für 80 % der Treibhausgasemissionen: Die Hälfte davon sind G8-Mitglieder und die andere Hälfte sind große Schwellenländer, wie China und Indien. In dieser Verhandlung, in der jeder erwartet, dass der andere sich bewegt, kann nur die Europäische Union eine Dynamik auslösen, die zum Erfolg führt, das heißt zu den erforderlichen jeweiligen Verpflichtungen aller Beteiligten. Darum geht es beim „Energie-Klima-Paket“, das die Anstrengungen, die die EU bereit ist zu übernehmen, auf ihre 27 Mitglieder verteilt. All das spielt sich Ende dieses Jahres ab und ich verpflichte mich persönlich, zusammen mit Jean-Louis Borloo, dass Europa die Herausforderung annimmt.

Meine Damen und Herren Botschafter,

wie Sie sehen, kann die Europäische Union, mehr als sie es sich selbst eingestehen will, dazu beitragen, die Welt des 21. Jahrhunderts mitzugestalten. Zunächst einmal, weil sie das vollkommenste Beispiel für den Versuch ist, Rivalität durch Zusammenarbeit zu ersetzen. Dies erreicht sie durch gemeinsame Prinzipien und die Bereitschaft zu Kompromissen. Diese Kompromissbereitschaft ermöglicht es uns, täglich Interessenskonflikten aus dem Weg zu gehen.

Des Weiteren spielt sie eine entscheidende Rolle beim Aufbau einer Welt des Wohlstandes, der Stabilität und der Demokratie.

Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass das 21. Jahrhundert gleichzeitig das Jahrhundert für Europa sein kann. Noch muss die Europäische Union beweisen, dass sie des Erbes ihrer Gründerväter würdig ist. Sie muss ihren Partnern und Bürgern beweisen, dass sie ehrgeizig ist, über einen starken Willen verfügt und Visionen für die Zukunft hat.

Diese Aufgabe hat sich Frankreich, anlässlich seiner Präsidentschaft, zum obersten Ziel gemacht. Frankreich seinerseits muss weiterhin in vorderster Reihe am europäischen Projekt mitwirken und seinen Platz als eine Weltmacht bewahren. Und zu diesem Zweck muss eine Neuorganisation stattfinden. Die beiden Weißbücher, das eine zur Außen- und Europapolitik, das andere zur Verteidigung und nationalen Sicherheit, definieren die zu treffenden Maßnahmen, damit der Staat und Frankreichs hoheitliche Institutionen in dieser sich ständig wandelnden Welt auch künftig ihren Verantwortungen mit Vorstellungskraft, Erfolg und Entschlossenheit nachkommen können.

Gemeinsam mit Alain Juppé, Louis Schweitzer und Jean-Claude Mallet werden Ihnen Bernard Kouchner, Jean-Pierre Jouyet, Alain Joyandet und Rama Yade in den kommenden zwei Tagen noch viel darüber berichten können. Ich möchte Ihnen heute hier meine uneingeschränkte Unterstützung für diese notwendigen Reformen zusichern. Des Weiteren möchte ich Ihnen, meine Damen und Herren Botschafter, meine Anerkennung für die von Ihnen täglich geleistete Arbeit im Dienste Frankreichs und Europas ausdrücken.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.